

## Der Neue Wird er der Bürgermeister aller Mörfelder?

Wird der Sozialdemokrat Bernhard Brehl der Nachfolger von Kurt Bachmann? Es sieht so aus. Er ist jetzt der einzige Kandidat für die Bürgermeisterwahl am 30. Januar 1976.

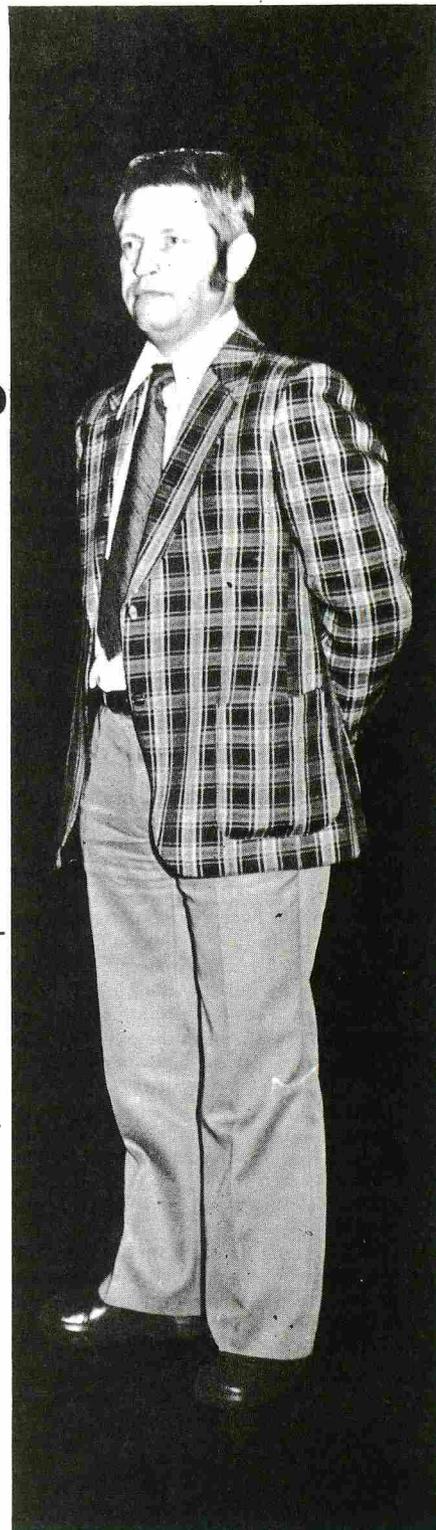
Der SPD-Ortsverein Mörfelden zählt 200 Mitglieder. Davon waren 121 auf der Mitgliederversammlung, von ihnen stimmten 101 für Bernhard Brehl. Somit scheint der 34jährige, der aus der Gegend von Fulda über die Junge Union zur SPD kam, der künftige Bürgermeister von Mörfelden zu werden. Heinz Weil, der andere Kandidat, erhielt nur 20 Stimmen.

Bernhard Brehl machte im Frankfurter Römer rasch Karriere. Innerhalb weniger Jahre kletterte er vom Inspektorenanwärter zum Magistratsrat. Bürgermeister von Mörfelden zu sein bedeutet für ihn zweifellos auch das Sprungbrett zum Bürgermeister der 30.000 Einwohner zählenden Stadt „Waldfelden“. Dieses Ziel kann er mit 36 Jahren erreicht haben und das ist ein gutes Alter für einen ehrgeizigen Politiker.

Seine hohe Zahl von Stimmen in der SPD-Mitgliederversammlung erhielt er mit Sicherheit, weil er als „starker Mann“ auftrat. Viele Sozialdemokraten erhoffen von ihm eine harte Position gegenüber Walldorf. Nur — ein Denkfehler ist natürlich in dieser Rechnung — Bernhard Brehl war und ist ein Haupteinpeitscher der Fusion mit Walldorf. Man braucht hier also nicht allzuviel zu erwarten. Diese Leute hätten früher „hart“ sein müssen!

Auf der SPD-Versammlung hielt es Bernhard Brehl leider für richtig, den Antikommunismus zu schüren und die DKP zu verleumden. Seine Angriffe gegen die überparteiliche Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ waren unqualifiziert und unsachlich.

Kurt Bachmann war als Bürgermeister ein Mann des Ausgleichs — wird Brehl ein Mann der Konfrontation?



## Jede Chance nützen!

Die parteipolitisch unabhängige Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ verteilte am 14. Januar 1976 vor der SPD-Mitgliederversammlung einen Brief an alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in Mörfelden, den wir im Wortlaut abdrucken:

BÜRGERINITIATIVE  
„MÖRFELDEN BLEIBT“

Mittwoch, den 14. Januar 1976

c/o Wilhelm Feutner III.  
Bgm.-Klingler-Straße 20  
6082 Mörfelden

An die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei  
in Mörfelden

Sehr verehrte Damen und Herren!

Sie kommen heute abend zusammen, um den Bürgermeister-Kandidaten zu wählen. Sie wählen heute auch, mit ziemlicher Sicherheit, den künftigen Bürgermeister von Mörfelden. Ihre Entscheidung ist von großer Tragweite. Den Mörfelder Bürgern ist es nicht gleichgültig, welcher Mann an der Spitze der Stadt steht. Wir, die Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“, wünschen uns einen Bürgermeister, der den Fusionsbeschuß revidierbar ansieht, der bereit ist, den Kampf für die Eigenständigkeit Mörfeldens einzuleiten.

Während unserer Arbeit in den letzten Wochen bestätigte sich, was wir im Grunde alle wissen: in Mörfelden ist kaum ein Bürger für die Fusion! (Wir sammelten z.B. in wenigen Stunden am Infostand über 700 Unterschriften gegen die Zusammenlegung mit Walldorf!).

Wir meinen, der Beschluß vom 28. Februar 1974, im Grunde erpreßt durch die Eingemeindungsdrohung von Frankfurt, war falsch.

Diese Fehlentscheidung muß man verändern. Wer einen Fehler gemacht hat und versucht, ihn wieder gut zu machen, steht in den Augen der Bevölkerung besser da, als einer, der auf einem falschen Standpunkt beharrt. Sicher ist, eine Jahrhundertentscheidung wie die Zusammenlegung zweier Städte und die damit verbundene Namensänderung, darf nicht über die Köpfe der Bürger hinweg gefällt werden.

In Walldorf ist das alles ein wenig anders. Hier gibt es zwar auch Ablehnung bei der Bevölkerung — es gibt hier aber starke politische Kräfte, die sich aus einer Fusion Vorteile versprechen.

Wir erinnern an die Erklärung der Walldorfer CDU (FR, 5.11.74):

„... unbeirrt werden wir den eingeschlagenen Weg fortführen, um spätestens bei der nächsten Kommunalwahl die SPD in der dann neuzubildenden Stadt Waldfelden auf die Oppositionsbank zu verweisen.“ Wenn man in diesem Lichte jetzt noch die CDU-Offensive mit Dregger- und Bärzel-Großveranstaltungen sieht, muß man diese Entwicklung mit großer Sorge und äußerster Wachsamkeit verfolgen. (Übrigens gibt es natürlich auch im 300-Mann-Ortsverein der SPD von Walldorf Leute, die sich von einer Fusion einiges versprechen, wie sollte man ihr Drängen anders verstehen?)

In jedem Fall ist sicher: eine Fusion mit Walldorf nützt den konservativen Kräften. Wir, die Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ meinen, daß „Der Fusionszug noch nicht abgefahren ist!“ Es gibt genügend Beispiele, wo in letzter Minute neue Weichen gestellt wurden (siehe Aufhebung der Fusion Bottrop, Gladbeck, Kirchhellen in diesen Tagen).

Wir meinen, der neue Bürgermeister sollte sich für eine Selbständigkeit von Mörfelden aussprechen.

Wir meinen, daß noch in diesem Frühjahr eine Bürgerbefragung in Mörfelden stattfinden sollte, bei der über die Fusion und den Namen Waldfelden abgestimmt werden wird. Wenn sich dann die Mehrheit der Bürger für eine Fusion entscheidet, dann beugen wir uns selbstverständlich dieser demokratischen Abstimmung.

Bitte betrachten Sie diesen Brief engagierter und besorgter Bürger nicht als unzulässige Einmischung von außen. In Mörfelden sind Sozialdemokraten die bestimmende politische Kraft. Das sehen wir ganz nüchtern.

Solche gutbesuchten Mitgliederversammlungen wie die heutige sind selten. Deshalb haben Sie aber gerade auch heute die große Chance, eine Entscheidung für Mörfelden herbeizuführen.

Bitte fordern Sie vom künftigen Bürgermeister die Einleitung des Kampfes für die Selbständigkeit.

Bitte fordern Sie von Ihrer Stadtverordneten-Fraktion die Bürgerbefragung vor einer Fusion, die demokratischste und selbstverständlichste Handlung, die es gibt. Die Bevölkerung von Mörfelden wird eine solche Entscheidung mit Erleichterung aufnehmen.

Sie haben eine große Verantwortung.

Mit freundlichem Gruß  
BÜRGERINITIATIVE  
„MÖRFELDEN BLEIBT“

i.A. Wilhelm Feutner III.

# Leserbrief

## Aus meiner Sicht

Die Gründung der Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ war für mich persönlich sehr wichtig. Denn erstens bin ich grundsätzlich gegen eine Fusion, da diese u.a. mit Sicherheit allgemeine Mehrkosten mit sich bringen wird. Das heißt, die Bürger der Städte Mörfelden und Walldorf müssen die Fusionsfolgen aus ihrer Tasche bezahlen. Zum zweiten bin ich gegen eine Namensänderung. Ich finde es nicht gut, wenn man den Namen der 1200jährigen Stadt Mörfelden, deren Name nur einmal in der Bundesrepublik vorkommt, in einen Kunstnamen wie „Waldfelden“ verändern will. Diese meine Meinung geht nicht nur davon aus, daß ich hier in dieser Stadt geboren wurde. Sondern zum Großteil aus dem Wissen über die reichhaltige Geschichte Mörfeldens (ich erinnere an die Sport- und Arbeiterbewegung, die hier besonders ausgeprägt ist).

Seit der Gründung der Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ bin ich dabei. In dieser kurzen Zeit habe ich schon viele zustimmende Worte vernommen. Ich sah an Informationsständen, wie viele Mitbürger ihren Willen zur Selbständigkeit der Stadt durch ihre Unterschrift bekundeten. Dadurch fühle ich mich in meiner Meinung bestärkt und zu weiteren Aktivitäten angeregt.

Als Schriftführerin der Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ habe ich einiges erfahren. Auf schriftliche Anfragen an die Stadtverwaltungen von Mörfelden und Walldorf nach den Folgen der Fusion, und inwieweit sich die Gebühren beider Städte verändern werden, ebenso, warum Stadtbedienstete unsere Plakate entfernten, wurde mir bis heute (die Anfragen wurden am 12. und 19. Dezember 1975 abgesandt) keine Auskunft gegeben. Dieses empfinde ich als nicht sehr freundlich und bürgernah, wie eine Stadtverwaltung in meinen Augen sein sollte.

Ich frage:

• Sind das die öffentlichen Stellen, die jedem Bürger mit Rat und Tat zur Seite stehen?

Ilona Feutner, Bgm.-Klinger-Straße 20

## In Teilen von NRW

# Kommunale Neuwahlen

**Münster. UZ** — Der Verfassungsgerichtshof in Münster hat den Verfassungsklagen einiger Städte gegen ihre Angliederung im Rahmen der sogenannten Neuordnung stattgegeben. So soll Wesseling aus Köln wieder ausgegliedert werden. Gladbeck und Kirchhellen bilden mit Bottrop keine gemeinsame Stadt mehr. In einer ersten Stellungnahme betonte DKP-Ratscherr Heinz Czymek (Bottrop), die DKP sei von Anfang an gegen eine „Neuordnung mit dem Schlachtermesser“ gewesen.

Der Urteilsspruch von Münster macht im kommenden Jahr in den betroffenen Gebieten kommunale Neuwahlen erforderlich.

Zahlen widerlegen Lüge von der Lehrerschwemme

# Jetzt endlich alle Lehrer einstellen!

Unseren Kindern wird systematisch die Zukunft verbaut. Die Thesen vom Pilenknick und der Lehrerschwemme sind Lügen. Eine interne Studie der Bundesanstalt für Arbeit besagt: Die Zahl der Schulabgänger wird von 755.000 in diesem Jahr auf 960.000 im Jahre 1982 ansteigen. In die Hauptschulklassen kommen also in den nächsten sechs Jahren 25 Prozent mehr Schüler. Für mehr Lehrer aber, ist kein Geld da. Von insgesamt 1998 voll ausgebildeten Lehrern, die sich nach Abschluß ihres Referendariats zum 1. Februar um eine Planstelle an hessischen Schulen beworben haben, können nur 586 — also weniger als ein Drittel — mit einer Anstellung rechnen. Tatsache ist also, daß am 1. Februar 1412 von 1998 voll ausgebildeten Lehrern „draußen vor der Tür“ bleiben müssen. Und dies ungeachtet der Tatsache, daß an vielen Grundschulen Hessens bis zu 20 Prozent Unterrichtsausfall registriert werden, weil zuwenig Lehrer vorhanden sind.

Das ist ein Skandal. Wir meinen: Lehrer arbeitslos zu halten, ist ein Verbrechen.

Nach 1982 wird die Zahl der Schulabgänger zwar wieder etwas zurückgehen, sich aber auf den heutigen Stand einpendeln. Wer also in den nächsten zehn Jahren die Schule verläßt, hat schon bei gleichbleibender Lehrerschaft ein enormes Bildungsmanko. Da aber immer intensiver Lehrplanstellen gestrichen werden und ausgebildete Pädagogen auf der Straße bleiben, fängt die eigentliche Bildungskrise jetzt erst richtig an.

Dazu kommt, daß die Unternehmer die Zahl der Lehrstellen in den letzten fünf Jahren von 600.000 auf jetzt 430.000 gedrückt haben und daß diese Zahl laut Auskunft des Bildungsministeriums im kommenden Jahr noch einmal um fünf bis zehn Prozent reduziert werden soll. Nach wissenschaftlichen Berechnungen werden deshalb 1977 fast 90.000 Schulabgänger keine Lehrstelle finden. 1978 werden es schon 156.000

sein und 1980 sogar 171.000 sein. Voraussichtlich werden sich diese Zahlen aber noch erhöhen, weil die durch den Numerus clausus an der Hochschule abgewiesenen Abiturienten mit ihrem höheren Bildungsniveau dann in die gewerblichen Lehrstellen drängen. Die Hauptschulabgänger mit einem Bildungsniveau, das durch den künstlich herbeigeführten Lehrermangel einer Sieben-Klassen-Ausbildung gleichkommt, geraten hoffnungslos ins Hintertreffen.

Das Schicksal vieler heißt dann Arbeitslosigkeit oder Hilfsarbeiterjob. Schuldig ist dieses großkapitalistische System, das der heranwachsenden Jugend die Chancen eines zukunftssicheren Berufs stiehlt.

Demgegenüber fordert die DKP, daß alle Lehrer eingestellt werden müssen, daß die Klassenfrequenzen auf 25 Schüler zu senken sind und daß die Unternehmer gezwungen werden, die Lehrstellenzahl entscheidend zu erhöhen.

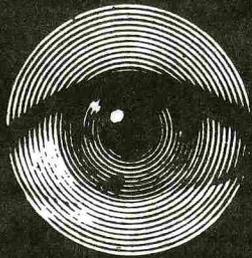
## Termine

- 29.1. „Soziale Sicherheit in der DDR“  
Vortrag im Bürgerhaus
- 30.1. Der neue Bürgermeister wird gewählt
- 4.2. DKP-Filmabend  
UT-Lichtspiele  
„Karbid und Sauerampfer“
- 14.2. SKV-Maskenball
- 21.2. SKV-Maskenball
- 28.2. SKV- und Feuerwehr-Maskenball
- 29.2. SKV-Kindermaskenball
- 2.3. SKV-Lumpenball
- 5.3. DKP-Wahlkreis-konferenz  
im Bürgerhaus
- 25.4. Volkswandertag
- 1.5. DGB-Kundgebung
- 1.5.
- 2.5. Fußball-Schülerturnier
- 22.5. -
- 23.5. Schwimmwettkampf
- 30.5. Volksradfahren
- 11.6.- Festzelt der DKP-Mörfelden
- 13.6. mit zahlreichen Veranstaltungen
- 19.6. SKV-Sommernachtsfest



Bald 1000 Unterschriften hat die Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ an Informationsständen gesammelt (unser Bild). Bereitwillig unterzeichnen die Mörfelder Bürger die ausgelegten Unterschriftenlisten gegen die Fusion und den Kunstnamen „Waldfelden“.

# BLICKPUNKT KOMMUNAL



## „Ins Gewissen“

Am 18.12.75 wurde im Mörfelder Stadtparlament der Nachtragshaushalt mit den Stimmen der SPD gegen die der DKP, FDP und CDU verabschiedet. Es war aber ein gravierender Unterschied zwischen der Ablehnungsbegründung der DKP auf der einen und der CDU und FDP auf der anderen Seite festzustellen.

Dies zeigte sich bereits am 13. Februar 1975, dem Tag der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 1975/76. Damals waren die Belastungen der Bevölkerung, die die SPD im Etat vorgesehen hat, der CDU und der FDP noch zu gering.

Die Sprecher beider Parteien machten die „Nichtkostendeckende“ sogenannte „verfehlte Gebührenpolitik“ für die schlechte Finanzlage, auch unserer Gemeinde, verantwortlich.

In solchen Situationen wird es immer sehr deutlich, daß die DKP die einzige Partei ist, die die wahren Interessen breiter Schichten der Mörfelder Bevölkerung vertritt. Ihre Abgeordneten lehnen konsequent jede Gebührenerhöhung, die den kleinen Mann trifft, ab.

Sie wissen aus eigener Erfahrung, daß das Einkommen der Arbeiter und Angestellten aus allen Richtungen beschnitten wird.

Sie wissen aus ihrer Tätigkeit im Betrieb, daß in Anbetracht von 1,2 Millionen Arbeitslosen und fast ebensovielen Kurzarbeitern, der Streß und die Ausbeutung immer größer werden.

Sie wissen, daß durch den Machtzuwachs der Unternehmer, entstanden durch die neue Arbeitsmarktlage, Lohnkürzungen, Abbau von Sozialleistungen und Erhöhung des Arbeitstempos an der Tagesordnung sind.

Sie wehren sich deshalb dagegen, daß unter der Verwendung des Schlagwor-

tes von „kostendeckenden Gebühren“ die Städte und Gemeinden ebenfalls an dem Realeinkommen der Arbeitnehmer knabbern.

Auf die Vorwürfe der SPD-Fraktion, wir würden uns keine Gedanken machen, wie der Haushalt auszugleichen sei, kann man nur antworten: Die DKP macht sich sehr wohl Gedanken, dies beweisen unsere finanzpolitischen Vorschläge.

Wir sagen, woher das Geld genommen werden muß. Wir machen uns aber auch Gedanken über den Haushalt des kleinen Mannes. DKP-Abgeordnete betreiben die Tätigkeit eines Stadtverordneten nicht wie Fachidioten ohne Blick auf die Gesamtsituation.

Sie zeigen dadurch größeres Verantwortungsbewußtsein als mancher in den Reihen der übrigen drei Fraktionen, die nicht mehr wissen, was es heißt, wenn ein Vier-Personenhaushalt mit 1500,- DM im Monat herumkommen muß.

H. Hechler von der DKP-Fraktion sagte in der Debatte unter anderem:

## Die Verwaltung muß leistungsfähig sein

„Bei oberflächlicher Betrachtung des ersten Nachtrags unseres Doppelhaushalts 1975/76 könnte man zu der Auffassung kommen, als ginge die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die bereits Bund, Länder und Städte befallen hat, an Mörfelden spurlos vorbei.

Dem ist jedoch nicht so. Ernste Einnahmeausfälle sind gegenüber den Ansätzen zu verzeichnen.

Aber auch Positives registrieren wir und freuen uns darüber, für die Bevölkerung Nachtteiliges wird jedoch von uns immer genau untersucht und scharf kritisiert werden.

Wir meinen, es ist gut, daß anstelle der vorgesehenen 2,2 Millionen DM nunmehr nur 1,7 Millionen DM Kredite aufgenommen werden müssen.

Die Verringerung der Verschuldung darf jedoch nicht durch Mehrbelastung der Bürger erreicht werden.

Wir freuen uns, daß z.B. 2.000,- DM mehr im neuen Ansatz stehen als seither für, von uns einmal geforderte, Telefonanschlüsse für ältere Bürger.

Wir begrüßen den Bau einer neuen Sporthalle, zu der wir von Anfang an ja gesagt haben.

Aber wir kritisieren gleichzeitig, daß die Stadt hierfür keinerlei Zuschüsse bekommt.

Wenn bis jetzt am Stellenplan noch keine Einschränkungen vorgenommen wurden, so meinen wir doch, daß der vom Magistrat verfügte Einstellungsstopp problematisch werden kann. Wir stehen hier auf dem Standpunkt unseres verstorbenen Bürgermeister, der in der vorletzten Stadtverordnetenversammlung sagte, daß die Verwaltung nicht als Obrigkeitsbehörde angesehen werden dürfe, sondern als reine Dienstleistungsverwaltung, die nur dann leistungsfähig und bürgernah sein kann, wenn sie entsprechend personell ausgestattet ist. Auf diesem Gebiet

fehlt es jedoch eher noch, als daß es bereits zu viel sei, wie FDP und CDU schon meinten. Ich denke in diesem Zusammenhang gerade an die sicher noch nicht zufriedenstellende Betreuung und Pflege unserer älteren Bürger.

So mancher ältere Einwohner unserer Stadt hat große Sorge, einmal pflegebedürftig zu werden. In Mörfelden und in der näheren Umgebung ist kein Alten-Pflegeheim vorhanden.

## Keinen Sozialabbau im öffentlichen Dienst zulassen

Auch sollte sich unsere Stadt davor hüten, es anderen Städten gleichzutun im Trend, bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, einen Sozialabbau vorzunehmen.

Wir heißen auch die vom Magistrat publizierte Auffassung nicht gut, wonach zwar Lehrlinge eingestellt werden, aber ein Weiterbeschäftigten nach der Lehrzeit nicht garantiert werden könne. Dies sind Äußerungen, wie sie in privatkapitalistischen Betrieben an der Tagesordnung sind und in Anbetracht der starken Jugendarbeitslosigkeit wohlüberlegt werden müssen.

Die allgemeine Preissteigerung drückt unserem Haushaltsplan an vielen Stellen ihren Stempel auf. Dies ist auf der Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes besonders bei den Kosten für Post und Telefon sowie Heizung, Strom und Reinigung festzustellen.

Obwohl sich das gesamte Volumen unseres Etats erhöht hat, sehen wir doch, daß sich die wesentlichen Einnahmen, wie Gewerbesteuer, Anteil an der Einkommenssteuer und die Schlüsselzuweisungen nicht erhöht haben. Es ist im Gegenteil eine Verringerung von insgesamt 225.000,- DM bei den Schlüsselzuweisungen und beim Einkommenssteueranteil festzustellen. Hier sehen wir doch sehr deutlich die vom Bund und den Ländern, also von der SPD/FDP-Koalition, praktizierte, aber auch von der CDU/CSU



Erstmals seit rund zwei Jahrzehnten war Mörfelden wieder Schauplatz einer Kreisausstellung der Brieftaubenzüchter. 250 Hochleistungstiere von 20 Vereinen waren auf der 9. Kreisausstellung zu sehen.

Diese Veranstaltung war der Auftakt einer Veranstaltungsreihe zur 1200-Jahr-Feier der Stadt Mörfelden. Dem Brieftauben-Einsatzstellen-Verein Mörfelden kann man zur gut gelungenen Veranstaltung gratulieren. Die Parteien und Vereine waren zur Eröffnung eingeladen. Für die DKP-Mörfelden überbrachte deren Vorsitzender, Ernst Knöb, (2. von rechts) die Grüße.

▽ begrüßte, Politik. Zur Wahrnehmung ihrer Verpflichtungen sollen die Städte und Gemeinden eigene Einnahmequellen erschließen. Auf gut deutsch heißt das aber: Gebühren erhöhen, neue Steuern einführen, d.h. den Bürger noch mehr belasten. In Mörfelden bedeutete das bereits Einführung der Lohnsummensteuer und drastische Müllgebührenerhöhung. Aller Voraussicht nach verschlechtert sich die finanzielle Situation Mörfeldens 1976 erheblich, denn die Schwierigkeiten und die enormen Defizite in den Haushalten bei Bund, Ländern und Kreisen werden sich dann auf die Kommunen ausbreiten.

### Auch an den Haushalt des „kleinen Mannes“ denken

Wir möchten deshalb an Sie, meine Damen und Herren, appellieren: Gehen Sie 1976 nicht den Weg des geringsten Widerstandes. Belasten Sie nicht mit weiteren Gebührenerhöhungen den Haushalt des kleinen Mannes, des Familienvaters, des Kurzarbeiters oder Arbeitslosen, der durch den Abbau des Reallohnes und der allgemeinen Preissteigerungen bereits über die Maße strapaziert ist. Machen Sie Front gegen diese falsche Politik des Abwälzens nach unten, solange noch, wie dieser Tage publik geworden, Ganoven, wie die Gebrüder Sachs, den Staat um Millionen betrügen können. Wir, die DKP-Fraktion lehnen deshalb auch heute mit der gleichen, grundsätzlichen Begründung, den Nachtragset ab, wie wir es bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts 1975/76 getan haben.“ Am Schluß seiner Ausführungen meinte der DKP-Vertreter zu den unqualifizierten Vorwürfen des SPD-Sprechers Thomas: „Einer muß Euch ja ins Gewissen reden.“ ■

## Altes Rathaus wird geprüft!

Das alte Rathaus steht bald zwei Jahre leer und wird nicht genutzt. Die Meinung der DKP ist nach wie vor, das Haus zu erhalten und zu prüfen, inwieweit es für die ärztliche Versorgung Verwendung finden kann. Wenn dies unmöglich erscheint, sollte es nicht kommerziell genutzt, sondern den Mörfelder Vereinen zur Verfügung stehen.

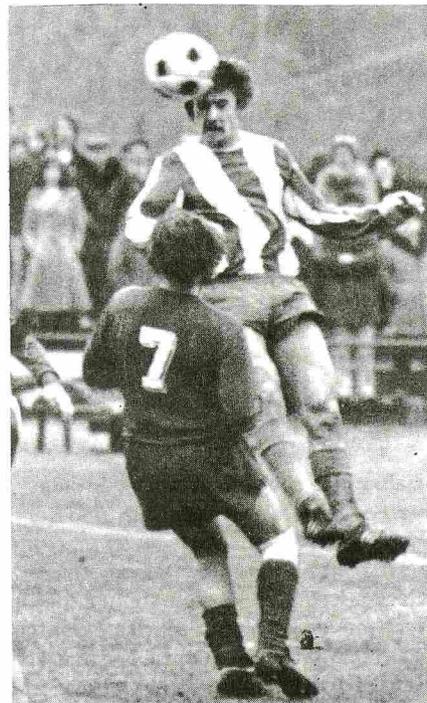
Die neueste Situation ist, daß nun doch, auf Antrag der DKP-Fraktion, das Haus demnächst von der kassenärztlichen Vereinigung Darmstadt, die selbst Ärztehäuser baut, besichtigt und diesbezüglich geprüft wird.

Wir lassen in dieser Frage nicht locker, wissen wir doch und hören es täglich, daß die ärztliche Versorgung in Mörfelden nicht ausreichend ist.

An der Anzahl der in Mörfelden praktizierenden Ärzte (fünf Ärzte für Allgemeinmedizin für zirka 15.000 Einwohner) hat sich nichts geändert.

Die seit Jahren angekündigten neuen Ärzte lassen trotz Bauplatz- und Darlehnsangeboten auf sich warten.

Immer noch fehlen in Mörfelden sämtliche Fachärzte. Es wird deshalb höchste Zeit, daß etwas geschieht. HH



Vor rund 1500 Zuschauern starteten die Mörfelder Fußballer mit einem 1:0-Sieg im Lokalderby gegen Rot-Weiß Walldorf in die Rückrunde der Bezirksliga und sicherten sich damit zwei wichtige Punkte im Kampf gegen den Abstieg. Unser Foto zeigt den Mörfelder Rainer Pfannebecker, der vor Spengler zum Kopfball ansetzen kann.

John Reed

### 10 Tage die die Welt erschüttern

Dietz-Verlag, Berlin  
516 Seiten  
7,90 DM

Heinz Voßke / G. Nitzsche  
Wilhelm Pieck

Verlag Marxistische Blätter  
406 Seiten  
9,80 DM

Angela Davis

### Mein Herz wollte Freiheit

Eine Autobiographie  
Carl Hanser Verlag, München  
376 Seiten, Taschenbuch  
19,80 DM

Fjodor Gladkow

### Zement

Roman  
Verlag Volk und Welt, Berlin  
343 Seiten, Leinen  
12,- DM

E. R. Greulich

### ... und nicht auf den Knien

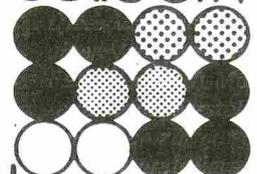
Weltkreis-Verlag, Dortmund  
494 Seiten,  
9,80 DM

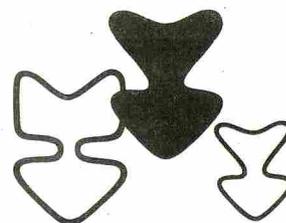
J. Lawretzki

### Salvador Allende

Verlag Marxistische Blätter, Ffm.  
432 Seiten, 54 Fotos, Leinen mit Schutzumschlag  
10,80 DM

## Belletristik Jugendbuch aktuelle Politik

collectiv  
  
literatur



### Buchhandlung Wissen und Fortschritt

61 Darmstadt,  
Lauteschlägerstraße 3  
Tel. (06151) 7 52 30

Bestellungen bei:

Waltraud Träger  
Mörfelden, Hochstraße 6  
Telefon: 2 32 55

Verkehrstips –  
zur Diskussion  
gestellt



Zu Verkehrsproblemen erhalten wir sehr oft Hinweise aus der Bevölkerung. Auch heute drucken wir wieder Meinungen von „blickpunkt“-Lesern ab.

### Vorfahrt

Fährt man die Kelsterbacher Straße von der Berliner Straße Richtung Bürgermeister-Klingler-Straße, so fährt man vorbei an fünf von rechts kommenden Sackgassen. Die Verkehrsteilnehmer müßten also nach Vorschrift, jedesmal halten. Man sollte hier die Kelsterbacher Straße zur vorfahrtsberechtigten Straße machen, um einen fließenden Verkehr zu ermöglichen. Es ist klar, daß jeder Verkehrsteilnehmer unter Mißachtung der Vorfahrtsregel, in Versuchung geführt wird, hier durchzufahren, nach dem Motto „aus der Sackgasse von rechts kommt sowieso selten einer, warum also gerade, wenn ich vorbeifahre?“ Gerade aber solche Situationen führen oft zu gefährlichen Unfällen.

### Ampel

Es ist an der Zeit, dafür zu sorgen, daß die Passage an der Ampel Kreuzung B 44 und B 486 besonders längs der B 486, für Fußgänger passierbar wird, d.h. sie sollte nicht von Autos zugestellt sein und so angelegt werden, daß auch ältere Leute die Straße überqueren können, ohne Gefahr zu laufen, unterwegs hinzufallen.

# 8ung

Nachmieter v. Privat ab sofort gesucht für 1-Zim.-App. in Raunheim; eingeb. Küche, WC + Bad, Diele, Tel., ZH, 275,- DM inkl. Uml. + Kaut.  
Telefon: 06105 / 3549

Nachmieter ab sof. gesucht in Mörfelden für 3 ZW, Küche, Bad + WC, ZH, Bk., 490,- DM inkl. Uml. + Kaut.  
Tel.: 3549 (19 – 20 Uhr)

# Bis die Kartoffel zum Luxus wird

AUS:  
FRANKFURTER  
NEUE  
PRESSE  
16.1. 1976

## Die Preise schnellen in die Höhe

Fr — Von Mittwoch auf Donnerstag hat einer der größten Lebensmittelfilialbetriebe der Stadt den Kartoffelpreis für den 2,5-Kilo-Beutel von 2,69 auf 2,99 Mark erhöht (deutsche Ware). Die holländischen Nachbarn fordern jetzt für die gewaschenen Kartoffeln 3,49 Mark pro 2,5 Kilo.

## Wo fünf Kilo Kartoffeln 65 Pfennig kosten

Wenn junge Ehepartner, größere Familien, Studenten oder Rentner ihre Haushaltsrechnung aufmachen, dann ist die erste Frage: Was kosten die Grundnahrungsmittel? Wir stellen heute diese Preise aus der Bundesrepublik und der DDR gegenüber.

### Was steht nicht in unserem Preisvergleich?

Die billigen Mieten und Dienstleistungstarife der DDR, die Ersparnisse durch völlig kostenlose Gesundheitsfürsorge bei gleichbleibenden stabilen Versicherungsbeiträgen. Nicht enthalten in unserem Vergleich sind Konsumgüter, bei denen das Bild unterschiedlich ist (z.B. Kinderhalbschuhe kosten in der DDR nur 16,30 M, modische Damenschuhe sind teurer). Langlebige Konsumgüter sind in der DDR oft noch teurer als bei uns.

### Wie wurden die DDR-Preise ermittelt?

Sie stehen im „Statistischen Jahrbuch der DDR“ für 1975, waren Anfang 1975 in Kraft, werden staatlich zugleich mit der Qualität kontrolliert und sind keinen Saisonschwankungen unterworfen. Sie gelten in allen Verkaufsstellen.

### Wie wurden die BRD-Preise ermittelt?

Durch Recherchen in einem Frankfurter Wohnbezirk im Dezember 1975. Die Backwaren-, Milchprodukte-, Fisch- und Fleischpreise wurden in Fachgeschäften festgestellt, die anderen Preise in Kettenläden. Sie können nach Qualität, nach der Saison und je nach Art und Lage der Verkaufsstelle schwanken.

Beim Vergleichen von Preisen und beim Gegenüberstellen von Sozialleistungen wird deutlich (selbst wenn man dazu rechnet, daß das DDR-Lohnniveau niedriger liegt), daß dort schon lange nicht mehr „unsere armen Brüder und Schwestern“ leben.

| Menge   | Artikel               | DDR<br>(in M) | BRD<br>(in DM) |
|---------|-----------------------|---------------|----------------|
| 5 kg    | Kartoffeln (lose)     | 0,65          | 6,00           |
| 1 kg    | Roggenmischbrot       | 0,50          | 2,20           |
| 1 kg    | Weißbrot              | 0,70          | 2,50           |
| 1 Stück | Brötchen (50 g)       | 0,05          | 0,15           |
| 1 Liter | Trinkvollmilch        | 0,70          | 0,98           |
| 1 Stück | Ei (größte Sorte)     | 0,36          | 0,26           |
| 1 kg    | Margarine (billigste) | 2,00          | 5,36           |
| 1 kg    | Inlands-Markenbutter  | 10,00         | 9,40           |
| 1 kg    | Apfelsinen            | 4,00          | 1,65           |
| 1 kg    | Gouda-Käse            | 7,20          | 7,90           |
| 1 kg    | Gehacktes             | 7,60          | 8,80           |
| 1 kg    | Rindfleisch z. Kochen | 5,80          | 8,80           |
| 1 kg    | Rindfleisch z. Braten | 9,80          | 13,60          |
| 1 kg    | Schweinekotelett      | 8,00          | 11,60          |
| 1 kg    | Landleberwurst        | 6,20          | 8,00           |
| 100 g   | Bohnenkaffee          | 6,00          | 1,40           |
| 1 kg    | Salzheringe           | 1,68          | 4,12           |



## Mörfelden gestern

MÖRFELDEN  
Sternwarte

*In unserer Reihe „Mörfelden gestern“, heute ein Bild von der „Sternwarte“. Die Sternwarte war ein Schulhaus, das links neben der alten Bürgermeisterei stand. Der Name Sternwarte leitet sich offensichtlich von der Tatsache ab, daß am „Dalles“ fünf Straßen sternförmig einmünden. Früher standen dort noch Bäume. Einer davon war die Luther-Linde, die am 10. November 1883, anlässlich des 400jährigen Geburtstages von Martin Luther gepflanzt wurde. Die Sternwarte wurde im Frühjahr des Jahres 1933 abgerissen. Die schöne Zeichnung (42 x 60 cm) ist noch in wenigen Exemplaren, für 10,- DM, beim „blickpunkt“ erhältlich.*

## Diskussion

# Soziale Sicherheit in der DDR

Dazu sprechen:

Rudi Ramm, Pädagoge, Frankfurt / O. (DDR)  
Willi Stachelhaus, Brigadier, Frankfurt / O. (DDR)

Donnerstag, 29. Januar, 20 Uhr  
Mörfelden, Bürgerhaus, Kleiner Saal

Filmabend der DKP  
Mörfelden

Wir zeigen den  
DDR-Film

## Karbid und Sauerampfer

Am Mittwoch,  
dem 4. Februar 1976,  
20 Uhr

UT-Lichtspiele

Preis: 1,- DM

# Mörfelden



# bleibt!

Mörfelden muß bleiben -  
was denn sonst ?

## KINDERFERIEN IN DER DDR

**Zwei Wochen für 60.- DM**

*Kinder von 10 bis 14 Jahren können vom 4. bis 20. Juli 1976 in ein Ferienlager bei Frankfurt/Oder fahren.*

*Interessenten melden sich bei:  
Waltraud Träger, 6082 Mörfelden,  
Hochstraße 6, Telefon: 06105 / 23255*

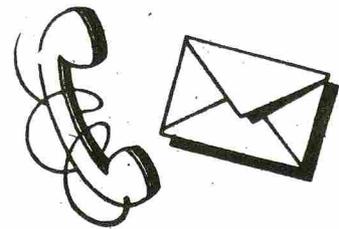
**Das sind die Stadtverordneten  
der DKP in Mörfelden:**

Michael Denk  
Mörfelden, Gartenstraße 15  
Telefon: 14 55

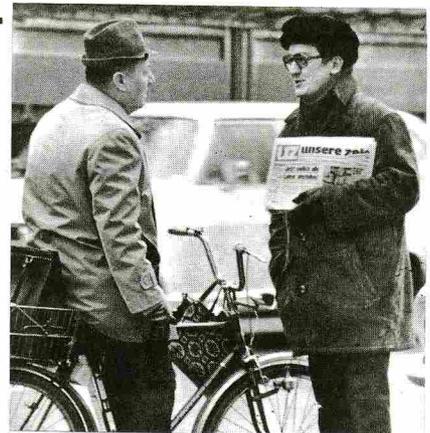
Heinz Hechler  
Mörfelden, Ellenbogenstraße 8  
Telefon: 33 35

Erich Schaffner  
Mörfelden, Hochstraße 6  
Telefon: 2 31 55

Artur Siegel  
Mörfelden, Kalbgsasse 9  
Telefon 14 47



Schreiben Sie ihnen oder rufen Sie einfach an, wenn Sie Probleme haben, die im Parlament behandelt werden sollten. Selbstverständlich können Sie auch jeden DKP-Stadtverordneten auf der Straße ansprechen oder besuchen.



*Auch bei grimmiger Kälte – UZ-Verkauf am Rathausplatz.  
Jeden Samstag bieten wir dort unsere Zeitung an, weil wir meinen, daß einfach ein Gegengewicht geschaffen werden muß zur Meinungsmanipulation der „Bild“-Zeitung und ähnlicher Publikationen.  
Sie kostet 50 Pfennig, lernen Sie einmal die „UZ“ („Unsere Zeit“) kennen.  
(Unser Bild: Rudi Hechler beim Zeitungsverkauf.)*